

Call for Papers:

Europäische Sozialmodelle im Krisenmodus?!

Tagung des Arbeitskreises Wohlfahrtsstaatsforschung in der DVPW und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung

Düsseldorf, 29./30. April 2021

Die europäischen Wohlfahrtsstaaten stehen nicht erst seit der Corona-Pandemie vor großen Herausforderungen, die der (politik)wissenschaftlichen Analyse bedürfen. Die Pandemie hat speziell die Leistungen und Leistungsfähigkeit der Gesundheitssysteme, die Krisen-Folgen für Arbeitsmärkte, Arbeitsmarktpolitik und die öffentlichen Haushalte, die Steuerungsmöglichkeiten demokratischer Politik und nicht zuletzt auch das Zusammenspiel der Wohlfahrtsproduzent*innen – wenn etwa Sorgearbeit von öffentlichen Einrichtungen an die Familien zurückübertragen wird – in den Fokus gerückt. Die Corona-Krise interagiert zudem mit vielfältigen anderen Problemen und Krisenerscheinungen, verstärkt einige noch und verdeckt andere. Denn auch vor der Corona-Krise sahen sich die europäischen Wohlfahrtsstaaten vor vielfache Herausforderungen gestellt: Gut ein Jahrzehnt nach Ausbruch der Finanz- und anschließenden Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise sind deren Ursachen nach wie vor nicht oder nur im Ansatz bearbeitet oder behoben. Globale protektionistische Tendenzen wecken Zweifel an einer schnellen Konjunkturerholung. Und schließlich sind Migration und Klimawandel als neue ‚Megathemen‘ auf der politischen Agenda nach oben gerückt, die auch wohlfahrtsstaatliche Arrangements berühren. Der innereuropäische Zusammenhalt erscheint zunehmend durch nationale Egoismen und populistische Akteure bedroht. Der sozialpolitische ‚Krisenmodus‘ schien schon vor der Pandemie zum Dauerzustand zu werden, sowohl in den einzelnen europäischen (Wohlfahrts-)Staaten – wenngleich mit Nuancen – als auch auf der Ebene der Europäischen Union.

Zugleich besteht ein erhebliches Spannungsfeld zwischen der auf EU-Ebene postulierten höheren Priorität für ‚Social Europe‘ und einer damit verbundenen angestrebten Aufwärtskonvergenz („Social triple A“, Europäische Säule sozialer Rechte usw.) einerseits und der zumindest teilweise weiter anwachsenden faktischen Divergenz zwischen den europäischen Wohlfahrtsstaaten andererseits, wie sie sich etwa in Daten zur (Jugend-)Arbeitslosigkeit oder der Armutsrisikoquote deutlich ablesen lässt. Politisch wie wissenschaftlich spiegelt sich dies in einem kontroversen Diskurs über die adäquate Ebene der Problembearbeitung und das angemessene Maß an – auch finanzieller – europäischer Solidarität wider, wie etwa die Debatte um eine europäische Arbeitslosenversicherung eindrücklich belegt.

Diese Vielfaltigkeit und Gleichzeitigkeit, manchmal auch Widersprüchlichkeit der Entwicklungen auf mitgliedstaatlicher wie europäischer Ebene – und deren Interaktion – stellen die (vergleichende) Wohlfahrtsstaatsforschung vor erhebliche Herausforderungen, und zwar normativ-konzeptionell wie auch empirisch. Die gemeinsame Tagung des Arbeitskreises Wohlfahrtsstaatsforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung nimmt die Entwicklungen dieses Krisenjahrzehnts in den europäischen Wohlfahrtsstaaten und -regimetypen, auf europäischer Ebene sowie im Hinblick auf das Zusammenwirken beider Ebenen in den Blick und fragt nach geeigneten theoretisch-konzeptionellen und methodisch-analytischen Zugängen zu ihrer Erfassung.

Insbesondere folgende Fragen sollen dabei im Mittelpunkt stehen:

- Welchen Einfluss hatten die „Eurokrise“ und deren Bewältigung(sversuche) auf die verschiedenen Wohlfahrtsstaaten bzw. einzelne Politikfelder? Wie interagiert die Corona-Krise mit anderen Krisenerscheinungen und was ist das Besondere an dieser speziellen Krise? Lassen sich Gemeinsamkeiten bezüglich politischer Leitbilder oder konkreter Maßnahmen innerhalb von Ländergruppen/Regimetypen oder in einzelnen Politikfeldern identifizieren?
- Wie sind Krisen-Maßnahmen, sozialpolitische Ambitionen und faktische Entwicklungen auf der europäischen Ebene zu bewerten? Hat sich der finanzpolitische Fokus der unmittelbaren Krisenjahre langfristig durchgesetzt?
- Hat sich dabei das Verhältnis der europäischen und der nationalen Ebene im Sinne einer verstärkten Europäisierung verändert?
- In welchen sozialpolitischen Bereichen ist eine Konvergenz, in welchen eine Divergenz nationaler Politiken festzustellen, und welche Folgen haben divergierende oder konvergierende Politikansätze in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten (ökonomisch, sozial, politisch und für die Wahrnehmung der Rolle der Europäischen Union)?
- Wie lassen sich diese vielfältigen und teils widersprüchlichen Entwicklungen theoretisch-konzeptionell und/oder empirisch erfassen und bspw. in die etablierten Debatten um Wohlfahrtsregime sowie deren Kontinuität und Wandel oder um ein ‚Europäisches Sozialmodell‘ einbetten? Welche sozialpolitischen Paradigmen stehen aktuell im Vordergrund, was wird dabei möglicherweise vernachlässigt? Wie müssen und können Krisen theoretisch-konzeptionell bearbeitet werden?
- Welche Rolle spielen die neuen ‚Megathemen‘ Migration und Klimawandel im Hinblick auf die Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Reformen? Welche sozialpolitischen Auswirkungen hat der Machtzuwachs populistischer Parteien/Regierungen?

Der AK Wohlfahrtsstaatsforschung und das WSI laden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu ein, Beiträge, die eine oder mehrere der genannten Fragen behandeln, einzureichen. Um eine Bewerbung mit Abstract (max. eine Din A4-Seite) wird bis zum 20.12.2020 gebeten an: Prof. Dr. Michaela Schulze, michaela.schulze(at)hdba.de. Abstracts und Beiträge können in deutscher und englischer Sprache eingereicht werden; die Tagungssprache ist deutsch. Eine Veröffentlichung ausgewählter Beiträge ist geplant.

Für Rückfragen stehen die SprecherInnen des AK Wohlfahrtsstaatsforschung zur Verfügung:

Prof. Dr. Diana Auth (Diana.auth(at)fh-bielefeld.de)

Dr. Florian Blank (florian-blank(at)boeckler.de)

Prof. Dr. Michaela Schulze (michaela.schulze(at)hdba.de)

Dr. Jana Windwehr (jana.windwehr(at)politik.uni-halle.de)